

Pressemitteilung der proaktiven Antirepressionsgruppe der zwei Ufer vom
16.02.09

* Proteste gegen Natogipfel

* Kampagne gegen « Embedding Justice » im Rahmen des NATO-Gipfels startete
heute in Baden Baden

Im Rahmen eines Besuches im Amtsgericht Baden Baden verteilten Gegnerinnen
und Gegner des Natogipfels heute Flugblätter an die dort arbeitenden
Justizangestellten und hängten im Foyer ein Transparent mit der Aufschrift
« Nein zur Nord Atlantik Justiz » auf.

Hintergrund der heutigen Aktion ist die beabsichtigte Einbettung der Justiz
in die Polizeistrukturen während des NATO-Gipfels. Auf der im Gerichtsfoyer
abgehaltenen Pressekonferenz, erläuterte Hans-Dieter Mehring von der «
proaktive Antirepressionsgruppe der zwei Ufer»: « Die Einsetzung von
Richterinnen und Richtern des Amtsgerichtes Baden Baden in direkter Nähe
der Gefangenen-sammelstellen setzt die rechtsstaatliche Gewaltenteilung
ausser Kraft. Somit wird die Judikative direkt der fuer die
Polizeimassnahmen des Gipfels verantwortlichen BA0 Atlantik unterstellt. »

Dabei deutete das Verhalten von Gerichtsangestellten und der sofort
herbeigerufenen Polizei darauf hin, dass sie gegen GipfelgegnerInnen eine
scharfe Gangart einlegen wollen. Bereits zu Beginn des Pressegespräches
wurden die 20 teilnehmenden AktivistInnen unter Androhung eines
Strafverfahrens aus dem Gerichtsgebäude nach draussen gedrängt. Der
Polizei war dies nicht genug. Sie hielt die Gruppe noch nach Ende der Aktion
lange auf und bestand auf eine Personalienfeststellung.

Melanie Rose von der Roten Hilfe Rostock erläuterte die Befürchtungen der
GipfelgegnerInnen: « Beim dortigen G8-Gipfel 2007 wurden in den von der
G8-Polizeitruppe Kavala eingerichteten Gefangenessammelstellen spezielle
Richterzimmer eingerichtet, mit der Aufschrift « Kavala Justiz ». Der
Zugang zu diesen Zimmern wurde rund um die Uhr von der Polizei kontrolliert,
ein freier Zugang für AnwaeltInnen zu den Richtern war nicht möglich.
Genauso grotesk liefen auch die Schnellverfahren vor diesen «
Polizeirichtern » ab. Weder konnten sich die Angeklagten rechtmässig
verteidigen lassen, noch konnten überhaupt Zeuginnen und Zeugen von den
Angeklagten befragt werden. »

Diese Zustände werden sich auch in Baden Baden wiederholen, befürchten die
AktivistInnen, wenn sich die betroffenen Richterinnen und Richter nicht
schon jetzt widersetzen und auf eine strikte Trennung der Gewalten pochen.
Auch für die Zeit nach dem Gipfel werden für die Justiz katastrophale
Zustände befürchtet, wenn dem beabsichtigten Treiben der Polizei kein Ende
bereitet wird. Die Ankündigung von Innenminister Rech, massiv mit
Ingewahrsamnahmen gegen Gipfelgegnerinnen und Gegner vorzugehen und das
Fabulieren über Gefangenessammelstellen mit Kapazitäten für mehrere
hundert Personen, wecken wiederum Erinnerungen an die über 1000
willkürlichen Festnahmen in Heiligendamm. Das hatte für die Rostocker
Justizbehörden eine immense Flut von 1700 eingeleiteten
Ermittlungsverfahren zur Folge, von denen aber 97 % eingestellt werden
mussten, da von Seiten der Polizei Straftatbestände konstruiert und
Beweismittel zurechtinterpretiert wurden, um die Festnahmen zu
rechtfertigen.

In Folge dessen wurde die Rostocker Justiz für mehrere Monate lahmgelegt.
Ähnliches wird auch hier passieren, und es könnte für die Baden-Badener
Justiz nicht schlimmer kommen, denn die AktivistInnen wollen sich diesmal
nicht so leicht von der Polizei abschrecken lassen. Auf den Flugblättern
kündigten sie den Gerichtsbediensteten an, alle Rechtsmittel auszuschöpfen
und auch kreative Massnahmen einzusetzen, um sich gegen willkürliche
Repression zur Wehr zu setzen.

« Angenommen, die Baden Badener Richter verurteilen, sagen wir mal, hundert
Leute zu 50 Euro Bußgeld, weil diese auf einer Demo z.B. eine Clownsnase
oder eine Schutzbrille trugen (Vorwurf : passive Bewaffnung?), würde, in
einem solchem Fall ein ziemlicher Haufen Arbeit auf die Gerichtsbuchhaltung
zukommen, denn es steht fest, dass die Bußgelder dann in 11-Cent-Beträgen

von unterschiedlichen Konten überwiesen werden. So einfach wie in Rostock werden wir es dem Repressionssystem nicht mehr machen », so Rose.

Die Initiative erwartet von den Richterinnen und Richtern im Vorfeld von solchen Gipfeln, daß sie mehr Rückgrat gegenüber der Polizei zeigen. Dies gilt auch für verwaltungsrechtliche Verfahren, die die Genehmigung von Demonstrationsrouten betreffen, welche durch polizeilich definierte Sicherheitsbereiche führen.

Weitere Informationen und auf Anforderung auch Bildmaterial von der Aktion erhalten Sie unter 0152-01430544.